

# Wahlprüfsteine des dbb Hessen – Antworten der Parteien

 <p>Fragen dbb Hessen</p>	 <p>Antworten CDU</p>	 <p>Antworten SPD</p>	 <p>Antworten BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</p>	 <p>Antworten FDP</p>	 <p>Antworten DIE LINKE.</p>
---	--	--	---	--	---

<p>1. Nennen Sie bitte drei gute Gründe für einen Beschäftigten im Öffentlichen Dienst in Hessen, ihre Partei zu wählen.</p>	<p>Unter Führung der CDU ist Hessen sicher und zukunftsfähig, wirtschaftlich stark und lebenswert. Die CDU Hessen steht für eine seriöse, zukunftsfähige und verlässliche Politik, die Hessen stabil und erfolgreich regiert. Statt allen alles zu versprechen, stehen wir für eine generationsgerechte Politik im Sinne unserer Kinder. Die Bilanz der vergangenen Jahre spricht hier für sich: Unsere Politik hat Hessen zum Spitzenland gemacht: Unser Land steht für starkes Wachstum, niedrigste Arbeitslosigkeit sowie das höchste Bruttoinlandsprodukt aller Flächenländer. Hessen ist so sicher wie nie zuvor – die Zahl der Polizisten liegt auf Rekordniveau, ebenso die Zahl der Lehrer. Mit unserer Politik stärken wir den ländlichen Raum, die Kommunen und investieren in die Infrastruktur. Wir machen unser Land zukunftsfest. Das Land Hessen ist ein moderner, familienfreundlicher und interessanter Arbeitgeber. Die Gründe, die einen Beschäftigten dazu bewegen sollten, die CDU zu wählen sind vielfältig und in dieser Kombination nur mit der CDU Hessen möglich, insofern sind die drei genannten Gründe rein beispielhaft und keinesfalls erschöpfend:</p> <p>1. Die CDU Hessen ist der Garant für einen starken öffentlichen Dienst und die Beibehaltung des Berufsbeamtentums mit all seinen bewährten Aspekten. Mit uns wird es weder eine Einheitskrankenversicherung, die Abschaffung der Beihilfe, noch Streikrechte für Beamtinnen und Beamten oder Eingriffe</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wir werden dafür sorgen, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wieder angemessen an der Einkommensentwicklung beteiligt werden. Ein wichtiger Schritt dafür ist die Rückkehr in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL). Die Tarifabschlüsse wollen wir eins zu eins auf die Besoldung übertragen.</li> <li>• Wir wollen gemeinsam mit den Gewerkschaften und Berufsverbänden das Land Hessen wieder zu einem vorbildlichen Arbeitgeber machen. Hierzu bieten wir einen Zukunftspakt an, den wir zusammen mit allen Beteiligten verhandeln wollen. Diese wird getragen sein von einer neuen Kultur des Zuhörens und Ernstnehmens der Belange der Beschäftigten.</li> <li>• Wir werden die Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten wieder auf 40 Stunden reduzieren.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wir GRÜNE in Hessen sorgen für den Einklang von Ökologie und Ökonomie. Das zeigt z. B. die Einführung des LandesTickets. Es ermöglicht allen Beschäftigten des Landes Hessen freie Fahrt im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) – und zwar nicht nur für den Arbeitsweg. Rund 90.000 Beamtinnen und Beamte, mehr als 45.000 Tarifbeschäftigte und etwa 10.000 Auszubildende profitieren davon. Durch gezielte Gespräche mit den beteiligten Verkehrsbetrieben werden wir außerdem anregen, eine Übernahme der Konditionen des LandesTickets auch für solche Beschäftigte im öffentlichen Sektor zu ermöglichen, deren Dienstherr nicht das Land Hessen ist.</li> <li>• Wir sorgen zudem für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Auf den Weg gebracht haben wir bereits die Einführung von Rechtsansprüchen auf Bewilligung von Pflegezeit und Familienpflegezeit, verbunden mit einem Vorschuss zur Abfederung der damit verbundenen Einkommensverluste. Damit wird die Rechtslage, die für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach dem Pflegezeitgesetz und dem Familienpflegezeitgesetz besteht, wirkungsgleich auf Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter übertragen. Zum anderen wird im Beamtenbereich der Anspruch auf Teilzeitbeschäftigung aus familiären Gründen ausgedehnt. Zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie gehören außerdem flexible Ar-</li> </ul>	<p>Die FDP in Hessen steht zu dem Beamtentum und setzt sich für eine angemessene Bezahlung sowie faire Bedingungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst ein. Wir sprechen uns überdies für die Beibehaltung des bewährten Krankenversicherungssystems sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus. Die FDP will darüber hinaus eine Aufstockung der Stellen im öffentlichen Dienst erreichen, um die Beschäftigten zu entlasten und die Funktionsfähigkeit des Staates zu sichern.</p>	<p>DIE LINKE setzt sich konsequent für den personellen und sächlichen Ausbau des öffentlichen Dienstes ein. Wir treten auch für die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme der Tarifergebnisse des TV-H für die Beamtinnen und Beamten in Hessen ein und sind für eine baldige Rückkehr der Landesbeschäftigten in die TdL, unter Beibehaltung von Kinderzuschlag und Landesticket!</p>
--	--	--	--	--	---

# Wahlprüfsteine des dbb Hessen – Antworten der Parteien

 <p>Fragen dbb Hessen</p>	 <p>Antworten CDU</p>	 <p>Antworten SPD</p>	 <p>Antworten BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</p>	 <p>Antworten FDP</p>	 <p>Antworten DIE LINKE.</p>
---	--	--	---	--	---

<p>Weiter Frage 1</p>	<p>in das aktuelle Alterssicherungssystem geben.</p> <p>2. Die CDU Hessen ist die Partei, welche die erfolgreiche Arbeit der Beschäftigten des Landes wertschätzt und sich für eine bestmögliche und umfassende Versorgung der Landesbeamten einsetzt. Dies zeigt sich auch durch eine amtsangemessene und gute Besoldung, umfassende Beihilferegulungen, die Altersversorgung und nicht zuletzt durch zwei die Besoldungserhöhungen der vergangenen Jahre (insg. 4,2 Prozent) und weitere Anerkennungen, wie das bundesweit einmalige Hessenticket.</p> <p>3. Die CDU Hessen ist die Partei, die das Land Hessen zu einem attraktiven Arbeitgeber macht. Das Land Hessen bietet den Beschäftigten unter unserer Führung einen sicheren Arbeitsplatz mit flexiblen Arbeitszeiten (Gleitzeit, Teilzeit und Telearbeit), Arbeitszeitverkürzung (41 Stunden-Woche und Lebensarbeitszeitkonto), wohnortnahe Einsatzorte, Mobilität für Pendler und Sonderregelungen für eine hervorragende Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Pflege.</p>		<p>beitsmodelle. Die Arbeit im Home Office und Arbeitszeiten, die sich auf die persönlichen Lebensumstände zuschneiden lassen, sind hierfür unverzichtbare Bausteine.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Darüber hinaus sorgen die GRÜNEN in Hessen für sichere und moderne Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst. Sicherheit bedeutet für uns die Verlässlichkeit und Dauerhaftigkeit des Arbeitsplatzes bei einer leistungs- und statusgerechten Bezahlung. Modernität heißt die Anpassung der Arbeitswelt im öffentlichen Dienst an die Herausforderungen einer sich permanent wandelnden Gesellschaft. Fürsorge für das Wohl der Bediensteten und lebenslange Loyalität ihnen und ihren Familien gegenüber sind dafür ebenso kennzeichnend wie das Selbstverständnis der Bediensteten, gleichzeitig Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger einerseits sowie Sachwalter des Gemeinwohls andererseits zu sein. Wir werden alles daran setzen, die Attraktivität einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst und damit die Zufriedenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter zu erhöhen.</li> </ul>		
-----------------------	--	--	--	--	--

# Wahlprüfsteine des dbb Hessen – Antworten der Parteien

 <p><b>Fragen dbb Hessen</b></p>	 <p><b>Antworten CDU</b></p>	 <p><b>Antworten SPD</b></p>	 <p><b>Antworten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</b></p>	 <p><b>Antworten FDP</b></p>	 <p><b>Antworten DIE LINKE.</b></p>
--	---	---	---	---	--

<p>2. Werden Sie für den Erhalt des Berufsbeamtentums nach dessen hergebrachten Grundsätzen uneingeschränkt eintreten?</p>	<p>Ja. Wir werden uns wie in der Vergangenheit auch weiterhin für das Berufsbeamtentum und seine Grundsätze einsetzen. Wie auch das BVerfG unlängst im Rahmen seiner Entscheidung zum Streikverbot (vgl. Urteil vom 12.06.2018, 2 BvR 1738/12) nochmal klargestellt hat, gehören zu diesen Grundsätzen im Sinne des Art. 33 Abs. 5 GG diejenigen Regelungen, die das Bild des Berufsbeamtentums in seiner Gestalt maßgeblich prägen, sodass ihre Beseitigung das Berufsbeamtentum als solches antasten würde (Treuepflicht der Beamtinnen und Beamten, das Lebenszeitprinzip, das Alimentationsprinzip und der damit korrespondierende Grundsatz, dass die Besoldung der Beamtinnen und Beamten einseitig durch Gesetz zu regeln ist). Dieses ausgewogene Prinzip hat sich über viele Jahre bewährt und soll daher auch – in beiderseitigem Interesse von Beamtinnen und Beamten auf der einen und Staat auf der anderen Seite – erhalten bleiben.</p>	<p>Ja! Die SPD hält an der bewährten Institution des Berufsbeamtentums fest. Damit erteilen wir insbesondere denjenigen eine Absage, die der Auffassung sind, weite Teile bisheriger staatlicher Aufgaben privatisieren zu können.</p>	<p>Ja. – Das Berufsbeamtentum ist ein Eckpfeiler von verlässlicher und vertrauenswürdiger Regierungs- und Verwaltungstätigkeit. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich für dessen Erhalt einsetzen.</p>	<p>Ja. Wir Freie Demokraten stehen zum Berufsbeamtentum. Dies hat sich bewährt. Mit dem Beamtentum geht auch die Beihilfe einher. Das jetzige System der Absicherung der Gesundheitskosten durch die Beihilfe und eine flankierende Privatversicherung gewährleistet eine gute Absicherung der meisten Beamten und wird von diesen auch durchweg positiv angenommen. Die FDP sieht daher keinen strukturellen Änderungsbedarf. Eine „Bürgerversicherung“ würde außerdem Nachteile für alle bringen.</p>	<p>Ja, DIE LINKE setzt sich für die Beibehaltung des Berufsbeamtentums in alle hoheitlichen Bereichen ein.</p>
--	--	--	--	---	--



# Wahlprüfsteine des dbb Hessen – Antworten der Parteien

 <p>Fragen dbb Hessen</p>	 <p>Antworten CDU</p>	 <p>Antworten SPD</p>	 <p>Antworten BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</p>	 <p>Antworten FDP</p>	 <p>Antworten DIE LINKE.</p>
---	--	--	---	--	---

<p>4. Werden Sie den durch Nullrunde und Besoldungsdeckelung im Vergleich zu den Tarifabschlüssen entstandenen Besoldungsrückstand rückgängig machen?</p>	<p>Dabei ist aber zu beachten, dass sich die Amtsgemessenheit der Alimentation nicht an Tarifabschlüssen orientiert, sondern anhand der von der Verfassung in Art. 33 Abs. 5 GG und vom Bundesverfassungsgericht in seiner Rechtsprechung vorgegebenen konkretisierenden Parameter zu beurteilen ist. Die in der Vergangenheit teilweise unterschiedliche Entwicklung von Besoldung und Entgelt ist Folge der unterschiedlichen Strukturen in beiden Systemen, die sich systematisch, also in Struktur und Anpassung deutlich unterscheiden. Eine vollständige gegenseitige Abhängigkeit besteht nicht. Während die Tarifabschlüsse das Ergebnis von Verhandlungen zwischen den Tarifpartnern spiegeln, erfolgt die Anpassung der Besoldung innerhalb eines Gesetzgebungsverfahrens unter strenger Achtung der Entscheidungshoheit des parlamentarischen Gesetzgebers. Maßstab für jede Besoldungsanpassung sind die aus der Verfassung abzuleitenden und vom Bundesverfassungsgericht in seiner Rechtsprechung konkretisierten Vorgaben. Die Einführung eines Automatismus hinsichtlich der Anpassungen würde grundlegenden, in der Verfassung angelegten Entscheidungskriterien und den unterschiedlichen Rahmenbedingungen nicht gerecht.</p>	<p>Das Land Hessen verzeichnet aufgrund der guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sehr hohe Steuereinnahmen, die auch zu Handlungsspielräumen im Landeshaushalt führen. Die SPD wird deshalb prüfen, ob der Besoldungsrückstand rückgängig gemacht werden kann.</p>	<p>Nein. – Das einmalige Aussetzen und die befristete Begrenzung der Besoldungserhöhung waren in der konkreten Situation aus Haushaltsgründen geboten und rechtlich vertretbar. Allerdings hat es dafür in den letzten beiden Jahren Erhöhungen gegeben und auch das neue LandesTicket ist ein Vorteil von dem die Beamtinnen und Beamten profitieren. Es berechtigt zur Freifahrt im hessischen ÖPNV und nach 19:00 Uhr und am Wochenende auch zusammen mit der Familie. Allein das kann für Pendlerinnen und Pendler eine Ersparnis von bis zu 2000 € im Jahr darstellen.</p>	<p>NEIN Die FDP in Hessen wird sich vorerst für die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der Tarifierhöhung auf die Beamtenbesoldung und –versorgung einsetzen, siehe dazu Antwort zu Frage 3. Darüber hinaus steht die FDP in der kommenden Legislaturperiode, soweit Spielraum besteht, der Prüfung einer Anpassung offen gegenüber. Eine solche Anpassung muss immer bedarfsorientiert erfolgen. Ziel muss dabei sein, beim Wettbewerb um Fachkräfte konkurrenzfähig zu sein und die Situation des Landes Hessen zu verbessern.</p>	<p>Ja, auch hierzu haben wir bereits Anträge eingebracht, die die 3,4 % Lücke aus der Null- und der 1%-Runde wieder ausgleichen sollen.</p>
---	--	--	---	--	---

# Wahlprüfsteine des dbb Hessen – Antworten der Parteien



 <p><b>Fragen dbb Hessen</b></p>	 <p><b>Antworten CDU</b></p>	 <p><b>Antworten SPD</b></p>	 <p><b>Antworten BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</b></p>	 <p><b>Antworten FDP</b></p>	 <p><b>Antworten DIE LINKE.</b></p>
<p>5. Werden Sie am bisherigen Alterssicherungssystem für die Beamtinnen und Beamten uneingeschränkt festhalten?</p>	<p>Ja, die Beamtenversorgung ist ein verfassungsrechtlich garantiertes und bewährtes Alterssicherungssystem. Daran wollen wir festhalten.</p>	<p>Ja!</p>	<p>Über die Grundsätze des Alterssicherungssystems wird auf Bundesebene beraten und entschieden. Bei allen Debatten sind die hergebrachten Grundsätze des Beamtentums und der Bestandschutz zu beachten. In Landesverantwortung haben wir keine Änderungen geplant.</p>	<p>JA Das verfassungsrechtlich verankerte Alimentationsprinzip erfordert eine angemessene Versorgung von Pensionärinnen und Pensionären. Darauf müssen sich die Versorgungsempfänger verlassen können.</p>	<p>Ja, alle Beamtinnen und Beamten sollen weiterhin Pensionen erhalten.</p>

# Wahlprüfsteine des dbb Hessen – Antworten der Parteien

 <p>Fragen dbb Hessen</p>	 <p>Antworten CDU</p>	 <p>Antworten SPD</p>	 <p>Antworten BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</p>	 <p>Antworten FDP</p>	 <p>Antworten DIE LINKE.</p>
---	--	--	---	--	---

<p>6. Schließen Sie eine Abkoppelung der Versorgung von der Besoldung und ein Absenken des bisherigen Versorgungsniveaus aus?</p>	<p>Die Beamtenversorgung dient der verfassungsgemäßen Alimentation der Beamtinnen und Beamten. Diesem Anspruch werden wir, wie bisher, im vollen Umfang entsprechen.</p>	<p>Ja!</p>	<p>Ja. Es gilt der verfassungsrechtliche Grundsatz der Einheit von Besoldung und Versorgung (BVerfG, Urteil vom 27. September 2005). Dieser Grundsatz verbietet eine Abkoppelung. Die Einheit von Besoldung und Versorgung hat nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Folge, dass es in rechtlicher Hinsicht keine „Versorgungslast“ gibt. Diesem Begriff liegt die unzutreffende Annahme zugrunde, es lasse sich zwischen dem – im Vergleich zu einem Angestellten – preiswerteren aktiven Beamten, bei dem der Dienstherr nicht mit den Sozialabgaben belastet ist, und dem teureren Ruhestandsbeamten differenzieren, für den weiterhin der Dienstherr und nicht die Versorgungsanstalten des Bundes und der Länder und die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte aufkommen muss. Die Versorgung ist vielmehr die Fortsetzung der Besoldung. Das Land Hessen bildet mittlerweile auch Rücklagen zur dauerhaften Sicherung der Versorgungsleistungen. Allerdings decken diese die künftigen anfallenden Pensionszahlungen nur zu einem geringen Teil. Wir wollen deshalb den Anteil der Rücklagen steigern und die Versorgung so zukunftsfester machen und für mehr Generationengerechtigkeit sorgen.</p>	<p>JA</p>	<p>Ja, die derzeitigen Beamtinnen und Beamten müssen darauf vertrauen können, dass die Bedingungen unter denen sie ernannt wurden auch weiter bestehen bleiben.</p>
---	--	------------	---	-----------	---

# Wahlprüfsteine des dbb Hessen – Antworten der Parteien



 <p><b>Fragen dbb Hessen</b></p>	 <p><b>Antworten CDU</b></p>	 <p><b>Antworten SPD</b></p>	 <p><b>Antworten BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</b></p>	 <p><b>Antworten FDP</b></p>	 <p><b>Antworten DIE LINKE.</b></p>
--	---	---	--	---	--

<p>7. Werden Sie das bestehende Krankenversicherungssystem von gesetzlicher und privater Krankenversicherung beibehalten und werden Sie Beamtinnen und Beamte weiterhin – ohne weitere finanzielle Einschränkungen – über die Beihilfe absichern?</p>	<p>Die CDU Hessen steht für die Beibehaltung des bestehenden Krankenversicherungssystems und Hessen hat unter unserer Führung ein modernes, fürsorgerechtes und leistungsfähiges Beihilfesystem und das soll auch in Zukunft so bleiben. Das von der SPD seit Jahren propagierte Modell einer Einheitskrankenversicherung, das eine Abschaffung der Beihilfe zur Folge hätte, lehnen wir kategorisch ab.</p>	<p>Ja!</p>	<p>Über die Grundsätze des Krankenversicherungssystems wird auf Bundesebene beraten und entschieden. Langfristig können wir GRÜNE uns auf Bundesebene eine Bürgerversicherung vorstellen. Dabei sind die hergebrachten Grundsätze des Beamtentums und der Bestandsschutz zu beachten. In Landesverantwortung haben wir keine Änderungen an der Beihilfe geplant.</p>	<p>JA Wie bereits oben ausgeführt, hält die FDP das jetzige, für die meisten Beamten geltende System der Absicherung der Gesundheitskosten durch die Beihilfe und eine flankierende Privatversicherung für eine gute Absicherung der Beamten, welches auch von diesen durchweg positiv angenommen wird. Insofern sehen wir auch hier keinen strukturellen Änderungsbedarf.</p>	<p>Nein, DIE LINKE tritt für eine solidarische Bürgerversicherung ein, in die alle, je nach ihren Einkünften, einzahlen sollen. Die derzeit bestehende Zwei-Klassen-Medizin, in der Privatpatienten bevorzugt werden, lehnen wir ab. Letztlich kommt eine solidarische Bürgerversicherung, in die z. B. auch Abgeordnete einzahlen müssen, allen Versicherten zugute.</p>
---	--	------------	--	--	---

# Wahlprüfsteine des dbb Hessen – Antworten der Parteien

 <p>Fragen dbb Hessen</p>	 <p>Antworten CDU</p>	 <p>Antworten SPD</p>	 <p>Antworten BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</p>	 <p>Antworten FDP</p>	 <p>Antworten DIE LINKE.</p>
---	--	--	---	--	---

<p>8. Durch welche konkreten Personalentwicklungsmaßnahmen werden Sie dem bevorstehenden massiven Verlust von Erfahrungswissen und dem fortschreitenden Fachkräftemangel im Öffentlichen Dienst gezielt entgegenwirken?</p>	<p>Wir haben in den vergangenen Jahren bereits auf verschiedenen Ebenen gehandelt und die Attraktivität des Öffentlichen Dienstes deutlich verbessert. Das Land Hessen als familienfreundlicher Arbeitgeber ist ein attraktiver Arbeitgeber und wir wollen diesen Status durch weitere Maßnahmen im Rahmen einer kontinuierlichen und systematischen Personalentwicklung ausbauen. In diesem Sinne sind bereits verschiedene Vorschriften ergangen, wie z. B. das Rahmenkonzept Personalentwicklung in der hessischen Landesverwaltung mit Vorgaben für die Dienststellen, u. a. auch zum Thema Wissensmanagement. Ein vorausschauendes Management zur Förderung des Wissenstransfers ist Bestandteil einer modernen Verwaltung und wird auf allen Ebenen angewandt, um Erfahrungswissen zu erhalten und zu transportieren. Begleitung durch qualifizierte Mentoren und gezielte Fortbildungen ermöglichen – z. B. im Rahmen des 30-monatigen Trainee-Programms für Juristinnen und Juristen – eine optimale Vorbereitung auf künftige Aufgaben und oft frühzeitig ein vielversprechendes Zutrauen für höherwertige Tätigkeiten und Führungsaufgaben. Um den Herausforderungen der demografischen Entwicklung gerecht zu werden, hat die CDU-geführte Landesregierung als Nachwuchssicherung im Doppelhaushalt</p>	<p>Das Land Hessen muss wieder zu einem attraktiven Arbeitgeber mit Vorbildfunktion werden, um dem Fachkräftemangel entgegenzusteuern. Dieses Ziel können wir nur mit einer Verbesserung der Rahmenbedingungen im öffentlichen Dienst erreichen. Eine angemessene Besoldung und Versorgung sind Grundvoraussetzungen dafür. Deshalb setzt sich die SPD dafür ein, dass die Tarifabschlüsse auf die Beamtenbesoldung übertragen werden. Die Attraktivität des Landes Hessen als Arbeitgeber hängt jedoch nicht nur von finanziellen Aspekten ab. Für uns spielen auch die Gestaltung von flexiblen (Lebens-) Arbeitszeitmodellen (siehe auf Frage 12), der Ausbau von Aus- und Fortbildungsangebote sowie Qualifizierungsmaßnahmen unter Berücksichtigung beruflicher Tätigkeit eine entscheidende Rolle. Wir wollen die Wochenarbeitszeit der hessischen Beamtinnen und Beamten ebenso wie bei den Tarifbeschäftigten auf 40 Stunden in der Woche zurückführen. Wir wollen eine moderne Personalentwicklung, die Ziele, Anforderungen und Bedarf der Verwaltung mit den individuellen Erwartungen, Bedürfnissen und Fähigkeiten der Bediensteten in Einklang bringt. Die verbreitete grundlose Befristung von Arbeitsverträgen verstetigt prekäre Beschäftigung und verbaut jungen Menschen die Perspektive zur Familiengründung. Wir werden darauf hinwirken, dass das Land als Arbeitgeber und</p>	<p>Wir sind uns der Problematik bewusst. Der mit dem demographischen Wandel verbundene Personalmangel ist eine der größten Herausforderungen für den öffentlichen Dienst. Weil die Konkurrenz in der Privatwirtschaft immer größer wird und die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung angesichts des zunehmenden Innovationsdrucks steigen, wird es immer schwieriger, qualifiziertes Personal für den öffentlichen Dienst zu gewinnen. Mit folgenden konkreten Maßnahmen wollen wir GRÜNE dem fortschreitenden Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst entgegenwirken:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Bezahlung muss attraktiv bleiben. Daran bemisst sich die finanzielle Wertschätzung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Auf Beamte bezogen entspricht dies der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts: Der öffentliche Dienst muss mit Konditionen werben, die insgesamt einem Vergleich mit denen der privaten Wirtschaft standhalten können. Denn die Alimentation dient nicht allein dem Lebensunterhalt der Beamten, sie hat zugleich eine qualitätssichernde Funktion.</li> <li>• Will die öffentliche Verwaltung einen reinen Vergütungswettbewerb mit der privaten Wirtschaft nicht gewinnen wird, müssen verstärkt andere, weiche Faktoren zur Geltung gebracht werden. Zu den</li> </ul>	<p>Die FDP Hessen spricht sich für eine Aufstockung des Personals im öffentlichen Dienst aus. Als Beispiel kann der Bereich der Polizei genannt werden. Hier setzt sich die FDP gegen den massiven Verlust von Fachkräften ein und fordert daher mit nochmals 1.500 zusätzlichen Polizisten eine starke Präsenz. Wir fordern, dass sich unsere Polizeivollzugskräfte auf ihre Aufgaben konzentrieren können; bestehende Dokumentationspflichten sind daher kritisch zu prüfen und auf das zu reduzieren, was rechtsstaatlich notwendig und geboten ist. Wir wollen zudem die Zahl der Polizeiverwaltungsangestellten erhöhen, die sich um administrative Tätigkeiten wie Schreibarbeiten und Datenverarbeitung kümmern. Überdies wollen wir Aufstiegs- und Weiterentwicklungschancen schaffen, um den Polizeiberuf wirtschaftlich attraktiv zu halten. Als weiteres Beispiel kann der Beruf der Erzieherin/des Erziehers dienen: wir wollen eine Ausbildungsvergütung für Erzieherinnen und Erzieher, sodass Auszubildende von der finanziellen Last befreit werden. Auch fordern wir die Anerkennung und Wertschätzung von Lehrerinnen und Lehrern. Besonders wichtig erscheint uns dabei, die hessische „Sommerferienlehrerarbeitslosigkeit“ zu beenden und befristete Anstellungsverträge in den Sommerferien aufrechtzuerhalten, wenn eine Weiterbeschäftigung beabsichtigt ist.</p>	<p>Schon seit langem beobachten wir mit großer Sorge, dass eine Vielzahl von speziellen Qualifikationen, die den Öffentlichen Dienst unabhängig von fremden Interessen und Einflüssen halten sollen, verloren gehen. Wir müssen weiterhin auch für Spezialistinnen und Spezialisten attraktiv bleiben. Deshalb sind die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung weiter zu verbessern, um die Attraktivität zu erhöhen. Eine weitere Privatisierung auch von Teilbereichen lehnen wir deshalb ab.</p>
---	--	--	---	--	---

# Wahlprüfsteine des dbb Hessen – Antworten der Parteien

 <p>Fragen dbb Hessen</p>	 <p>Antworten CDU</p>	 <p>Antworten SPD</p>	 <p>Antworten BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</p>	 <p>Antworten FDP</p>	 <p>Antworten DIE LINKE.</p>
---	--	--	---	--	---

<p>Weiter Frage 8</p>	<p>2018/2019 zusätzlich insgesamt 50 Stellen für Referendare, Anwärter und Auszubildende sowie zehn Stellen für den juristischen Nachwuchs neu geschaffen. Hier wird durch die heute verstärkte Einstellung von Nachwuchskräften und deren kontinuierlichen Förderung der Fachkräfte- und Führungsnachwuchs von morgen entwickelt. Flankierend werden und sollen weiterhin zahlreiche Maßnahmen ergriffen werden, um Nachwuchskräfte für den Öffentlichen Dienst zu gewinnen und als Arbeitgeber attraktiv zu bleiben. Hierzu gehören die idealen Rahmenbedingungen im Hinblick auf die Vereinbarung von Beruf und Familie und Pflege durch unterschiedliche Teilzeitmodelle, Beurlaubungsmöglichkeiten, Gleitzeitvereinbarungen und Telearbeit, das Landesticket Hessen und die Möglichkeit der Gewährung von Sonderzuschlägen in Höhe von 70 % des Anwärtergrundbetrages. Verstärkte Werbemaßnahmen durch die Teilnahme an Ausbildungsmessen, Zusammenarbeit an Hochschulen und Universitäten, Schulbesuche, Angebote von Praktika, Facebook, Imagevideos, Flyer zu Ausbildungsmöglichkeiten und Infostände in Fußgängerzonen und nicht zuletzt das Karriereportal Hessen zeigen das Land Hessen als interessanten und sicheren Arbeitgeber.</p>	<p>seine Betriebe und Beteiligungen auf grundlose Befristungen verzichten. Wichtig ist uns die Ausbildungsangebote im öffentlichen Dienst zu steigern, um so eigene Fachkräfte auszubilden.</p>	<p>Stärken des öffentlichen Dienstes gehören beispielsweise gesicherte Arbeitsplätze, flexible Arbeitszeiten oder auch eine gute Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege, sowie verschiedene Möglichkeiten der Freistellung. Wir wollen außerdem die Möglichkeiten zur Telearbeit (Homeoffice) erweitern und den Beamtinnen und Beamten damit mehr Flexibilität ermöglichen. Das erspart auch Fahrtzeiten für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und entlastet so die Umwelt und ist ein Beitrag zum Klimaschutz!</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Qualifiziertes Personal muss auf Dauer gebunden werden. Dies ist die Aufgabe der Leitungskräfte. Sie müssen eine wertschätzende, auf gegenseitigem Respekt und Vertrauen basierende Verwaltungskultur etablieren, welche die Potentiale der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erkennt und ihren Bedürfnissen nach persönlicher Anerkennung und beruflicher Weiterentwicklung Rechnung trägt. Diese Leitprinzipien sind in den „Grundsätzen über die Zusammenarbeit und Rührung in der Hessischen Landesverwaltung“ niedergelegt. Eine öffentliche Verwaltung, welche diese Prinzipien lebt, wird auch auf Dauer attraktiv für qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber sein. Dort, wo Frauen in</li> </ul>	<p>Bzgl. der Verwaltungsangestellten im allgemeinen öffentlichen Dienst setzen wir uns für eine vorausschauende Personalplanung ein. Uns ist bewusst, dass durch den Abgang der älteren Beschäftigten eine Lücke entsteht, die mit neuem, sachkundigem Personal zu füllen ist.</p>	
-----------------------	--	---	--	--	--

# Wahlprüfsteine des dbb Hessen – Antworten der Parteien



 <p><b>Fragen dbb Hessen</b></p>	 <p><b>Antworten CDU</b></p>	 <p><b>Antworten SPD</b></p>	 <p><b>Antworten BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</b></p>	 <p><b>Antworten FDP</b></p>	 <p><b>Antworten DIE LINKE.</b></p>
--	---	---	--	---	--

<p>Weiter Frage 8</p>			<p>Leitungspositionen bisher noch unterrepräsentiert sind, wollen wir dem gezielt entgegenwirken und gleichqualifizierte Frauen besonders fördern.</p>		
-----------------------	--	--	--	--	--

# Wahlprüfsteine des dbb Hessen – Antworten der Parteien

 <p>Fragen dbb Hessen</p>	 <p>Antworten CDU</p>	 <p>Antworten SPD</p>	 <p>Antworten BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</p>	 <p>Antworten FDP</p>	 <p>Antworten DIE LINKE.</p>
---	--	--	---	--	---

<p>9. Werden Sie durch ein konkurrenzfähiges Entgelt der hessischen Tarifbeschäftigten in den nächsten Tarifrunden sicherstellen, dass die Abkoppelung von der allgemeinen Einkommensentwicklung in der Privatwirtschaft beendet wird?</p>	<p>Wir werden selbstverständlich dafür Sorge tragen, die Beschäftigten angemessen an der allgemeinen Lohnentwicklung zu beteiligen und das Entgeltniveau im Sinne eines modernen und attraktiven Arbeitgebers weiterentwickeln. Das Land Hessen muss ein attraktiver Arbeitgeber bleiben, damit wir erfolgreich um die besten Köpfe für die hessische Verwaltung werben können. Insbesondere in der letzten Tarifrunde wurden bereits erhebliche Verbesserungen über alle Entgeltgruppen hinweg eingeführt, wie z. B. das Landesticket Hessen und die stufengleiche Höhergruppierung. Dabei ist das Landesticket Hessen bundesweit einmalig und die stufengleiche Höhergruppierung gibt es im Länderbereich nur in Hessen.</p> <p>Der konkrete Tarifabschluss ist aber Folge der Verhandlungen im Rahmen der Entgelttrunden mit den Tarifpartnern, sodass die Frage nach den konkreten Steigerungen der Tarifentgelte im Rahmen der Entgelttrunde 2019 den anstehenden Tarifverhandlungen vorbehalten bleibt und auch u. a. von den Schwerpunkten abhängen, die dann seitens der Tarifpartner gesetzt werden.</p> <p>In den letzten beiden Entgelttrunden lag der Schwerpunkt der Gewerkschaften bspw. auf den Entgelterhöhungen in den unteren Entgeltgruppen und die Entgelte dieser Beschäftigten sind in der Folge im Vergleich zu den Beschäftigten in den oberen Entgelt-</p>	<p>Ja! Um einem weiteren Fachkräftemangel entgegenzuwirken ist es dringend erforderlich ein konkurrenzfähiges Entgelt der Tarifbeschäftigten sicherzustellen. Die Tarifpolitik der CDU-geführten Landesregierung hat zu Verlusten und einer Abkoppelung der Beschäftigten von der allgemeinen Einkommensentwicklung im Öffentlichen Dienst geführt. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Hessen wieder Mitglied der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) wird und es nicht wieder zu hessischen Sonderlösungen kommt.</p>	<p>Ja. – Wir gehen davon aus, dass die hessischen Tarifparteien Abschlüsse erzielen werden, welche die Konkurrenzfähigkeit des öffentlichen Dienstes mit der Privatwirtschaft mittel- und langfristig sichern wird.</p>	<p>JA. Wir wollen, dass das Land Hessen auch als Arbeitgeber attraktiv bleibt. Eine leistungsfähige Verwaltung kann es nur geben, wenn dem drohenden Fachkräftemangel ein öffentlicher Dienst mit hoher Attraktivität für die Bewerber entgegengestellt wird – gerade auch mit Blick auf die Konkurrenzsituation zur freien Wirtschaft. Hierzu gehört, dass es künftig keine verfassungsmäßig fragwürdigen Sonderopfer für Beamte geben darf. Sowohl Tarifbeschäftigte als auch die Beamtenschaft dürfen nicht einfach von der allgemeinen Lohnentwicklung abgekoppelt werden. Wir wollen stattdessen eine ehrliche Aufgabenkritik und eine weitere Stärkung der leistungsbezogenen Besoldungselemente.</p> <p>Überdies halten wir den hessischen Sonderweg, aus der Tarifgemeinschaft der Länder auszusteigen, für einen nachvollziehbaren Ansatz, der sich jedoch mit Blick auf die Tarifabschlüsse der letzten Jahre nicht bewährt hat. Wir wollen daher in die Tarifgemeinschaft zurückkehren und damit letztlich unnötigen Verhandlungs- und Verwaltungsaufwand einsparen.</p>	<p>Eindeutig ja. Wir müssen die Attraktivität des Öffentlichen Dienstes steigern. Deshalb unterstützen wir schon immer die Gewerkschaften und ihre Forderungen aktiv in den jeweiligen Tarifrunden.</p>
--	---	---	---	---	---

# Wahlprüfsteine des dbb Hessen – Antworten der Parteien



 <p><b>Fragen dbb Hessen</b></p>	 <p><b>Antworten CDU</b></p>	 <p><b>Antworten SPD</b></p>	 <p><b>Antworten BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</b></p>	 <p><b>Antworten FDP</b></p>	 <p><b>Antworten DIE LINKE.</b></p>
--	---	---	--	---	--

<p>Weiter Frage 9</p>	<p>gruppen entgegen der allgemeinen Entwicklung überproportional gestiegen. Für die oberen Entgeltgruppen gab es hingegen einen Ausgleich durch die Einführung der Stufe 6. Im Übrigen hat das Kölner Institut der deutschen Wirtschaft in einer Studie aufgrund der Daten des Statistischen Bundesamtes für 2015 festgestellt, dass im Bereich der unteren Entgeltgruppen/der Angelegerten kein Nachholbedarf besteht – im Gegenteil: Sie schneiden bei einem Vergleich der durchschnittlichen Monatsverdienste im öffentlichen Dienst zu denen in der Privatwirtschaft in der Regel besser ab.</p>				
-----------------------	--	--	--	--	--

# Wahlprüfsteine des dbb Hessen – Antworten der Parteien

 <p>Fragen dbb Hessen</p>	 <p>Antworten CDU</p>	 <p>Antworten SPD</p>	 <p>Antworten BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</p>	 <p>Antworten FDP</p>	 <p>Antworten DIE LINKE.</p>
---	--	--	---	--	---

<p>10. Werden Sie mit dem dbb Hessen in einen Pakt „Schutz vor Gewalt gegen Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes“ eintreten?</p>	<p>Wir dulden keine Gewalt gegen unsere Beschäftigten, Beamtinnen und Beamten und möchten im Rahmen von gesamtgesellschaftlichen Bemühungen den steigenden Angriffen auf Angestellte des Staates konsequent entgegenzutreten. Es ist und bleibt völlig inakzeptabel, dass diejenigen, die für die Sicherheit und das Wohlverhalten der Bevölkerung eintreten, Angriffen ausgesetzt sind. Keiner darf wegsehen, wenn Einsatzkräfte oder Hilfskräfte angegriffen oder an ihrem Einsatz gehindert werden. Dies gilt für alle Bereiche des öffentlichen Dienstes. Unsere Entschlossenheit in diesem Punkt wird durch eine Vielzahl an Maßnahmen deutlich: Hessen hat auf Bundesebene die Einführung des „Schutzparagrafen“ vorangetrieben und wir setzen uns weiterhin für eine Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr für Angriffe auf Polizei-, Strafvollzugs- und Rettungskräfte ein. Als sichtbares Zeichen der Solidarität und der Verbundenheit haben wir die „Schutzschleife“ aufgelegt und durch massive Investitionen in Personal, Ausstattung und insbesondere Schutzausrüstung für die hessischen Polizeibeamtinnen- und beamten schützen wir die, die uns schützen. Unter Unionsführung wird die Hessische Landesregierung in den kommenden beiden Jahren rund 72,3 Millionen Euro zusätzlich in eine moderne Schutz- und Technik-Sachausstattung unserer Polizei</p>	<p>Ja! Leider sind die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes als Repräsentanten des Staats immer häufiger körperlichen Angriffen und Beleidigungen ausgesetzt. Wir wollen dieser steigenden Respektlosigkeit und Gewaltbereitschaft entschieden entgegenzutreten und unterstützen den dbb Hessen in all seinen Bestrebungen. Wichtig ist eine breite gesellschaftliche Debatte darüber zu entfachen und ein umfangreiches Maßnahmenpaket auf den Weg zu bringen. Es geht darum, die Ursachen für Hass und Gewalt zu bekämpfen – durch mehr Unterstützung für Familien, durch präventive Angebote des Staates in Kitas, Schulen und Vereinen und dadurch, dass wir alle im Beruf wie im Privatleben wieder eine klare Haltung zeigen: Gegen Gewalt und Hass, für Respekt und gegenseitige Wertschätzung. Zudem braucht es eine deutliche Unterstützung der Dienstvorgesetzten, die die Betroffenen darin bestärken müssen, Übergriffe anzuzeigen und eine darauf folgende konsequente strafrechtliche Verfolgung der Täter.</p>	<p>Wir haben im Beisein des Hessischen Innenministers am 21. August 2018 mit Vertreterinnen und Vertretern aller Fraktionen des Hessischen Landtags den „Pakt zur Bekämpfung der Gewalt gegen Beschäftigte im Öffentlichen Dienst“ unterschrieben. Darin versichern wir, dass wir im Rahmen unserer Möglichkeiten alles tun werden, um die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst bestmöglich vor gewaltsamen Übergriffen zu schützen. Dazu stehen wir.</p>	<p>JA Das Land muss als Dienstherr für den bestmöglichen Schutz seiner Beschäftigten sorgen. Dazu gehören eine gute Ausstattung und eine schnelle Strafverfolgung derjenigen, die Beschäftigte des öffentlichen Dienstes angreifen, verletzen oder beleidigen. Insbesondere den Polizeibeamtinnen und –beamten sowie den Feuerwehrleuten und dem im Rettungsdienst tätigen Menschen gebührt mehr Respekt, Wertschätzung und Schutz.</p>	<p>Grundsätzlich ja! Gewalt gegen Menschen lehnen wir in jeglicher Form ab. Es muss oberste Aufgabe des Dienstherrn sein, alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach besten Kräften vor Gewalt und Übergriffen zu schützen. Eine weitere Strafrechtsverschärfung halten wir allerdings nicht für notwendig und sinnvoll, da sie in den meisten Fällen keine Abschreckungswirkung entfaltet.</p>
--	--	--	---	---	---

# Wahlprüfsteine des dbb Hessen – Antworten der Parteien



 <p><b>Fragen dbb Hessen</b></p>	 <p><b>Antworten CDU</b></p>	 <p><b>Antworten SPD</b></p>	 <p><b>Antworten BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</b></p>	 <p><b>Antworten FDP</b></p>	 <p><b>Antworten DIE LINKE.</b></p>
--	---	---	--	---	--

<p>Weiter Frage 10</p>	<p>investieren und den Einsatz der in Hessen bundesweit erstmalig eingesetzten und mittlerweile bewährten Body-Cams möchten wir mittelfristig landesweit allen Einsatzkräften ermöglichen. Die Frage nach dem Eintritt in einen solchen Pakt ist natürlich von den konkreten Inhalten der Vereinbarung abhängig.</p>				
------------------------	--	--	--	--	--

# Wahlprüfsteine des dbb Hessen – Antworten der Parteien

 <p>Fragen dbb Hessen</p>	 <p>Antworten CDU</p>	 <p>Antworten SPD</p>	 <p>Antworten BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</p>	 <p>Antworten FDP</p>	 <p>Antworten DIE LINKE.</p>
---	--	--	---	--	---

<p>11. Mit welchen konkreten Maßnahmen werden Sie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die hessischen Landesbediensteten weiter ausbauen?</p>	<p>Die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und auch Pflege ist der CDU Hessen ein Anliegen, auch damit Hessen auch in Zukunft für junge motivierte Frauen und Männer ein attraktiver Arbeitgeber bleibt. Unter unserer Führung hat Hessen bspw. als einziges Bundesland mit dem „Gütesiegel familienfreundlicher Arbeitgeber Land Hessen“ ein eigenes Instrument geschaffen, das es den Dienststellen ermöglicht, sich strukturiert mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu befassen und somit den Landesbediensteten die Vereinbarkeit zu erleichtern. Diesen Weg wollen wir weitergehen und u.a. das Gütesiegel weiter ausbauen. Seit der Einführung 2015 sind mittlerweile über 120 Dienststellen zertifiziert oder re-zertifiziert worden und kooperieren in acht (ab Herbst 2018 neun) landesweit implementierten, regionalen Kooperationen um gemeinsame Projekte, wie z. B. Kinderbetreuung, Ferienbetreuung, Pflegeinformationsreihen, Erfahrungsaustausche und gemeinsame Veranstaltungen zu entwickeln und umzusetzen. So können auch kleine Dienststellen partizipiert und Ressortspezifika, wie z. B. in Polizei, Justiz und Kultus ausreichend berücksichtigt werden. Alle Dienststellen befassen sich insbesondere mit den Werten und der Kultur in ihren Häusern und versuchen den veränderten Wünschen von Kolleginnen und Kollegen in Zeiten des demografi-</p>	<p>Ein wichtiges Anliegen der SPD ist die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf im öffentlichen Dienst. Wir werden gemeinsam mit den Gewerkschaften und den Berufsverbänden neue flexible und familienfreundliche (Lebens-) Arbeitszeitmodelle entwickeln. Hierzu zählt auch, dass wir die Möglichkeiten von Homeoffice ausbauen wollen. Die Familien in Hessen sind insbesondere auf ein gutes Betreuungsangebot angewiesen. Wir werden deshalb die Kinderbetreuung ausbauen und uns für eine echte gebührenfreie Bildung von Anfang an in Krippe und Kita stark machen. Im Grundschulbereich brauchen wir einen Rechtsanspruch auf Nachmittags- und Schulferienbetreuung. Auch die Entlastungsmöglichkeiten bei der Pflege von Angehörigen soll weiterentwickelt werden. Das alles geht nur, wenn ausreichend Personal vorhanden ist, weshalb wir für eine angemessene Ausstattung sorgen werden.</p>	<p>Um die Familienfreundlichkeit der Landesverwaltung zu erhöhen, wurde unter GRÜNER Regierungsbeteiligung bereits das Gütesiegel „Familienfreundlicher Arbeitgeber“ entwickelt. Ziel dieser Initiative ist es, eine familienfreundliche Personal- und Organisationspolitik in allen Dienststellen zu gewährleisten und die gleichermaßen Vorteile für Beschäftigte und Arbeitgeber mit sich bringt. Mittlerweile sind eine Reihe von Landesbehörden und Hochschulen als familienfreundlich zertifiziert worden. Diesen Weg werden wir weiter beschreiten. Außerdem erhalten hessische Tarifbeschäftigte monatlich einen Familienzuschlag in Höhe von ca. 100 Euro pro Kind zu ihrem regulären Gehalt hinzu.</p>	<p>Die FDP-Fraktion setzt sich für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im öffentlichen Dienst ein. Wir wissen, dass die Doppelaufgabe oft belastend ist und Familien sich mehr Zeit für sich neben einem herausfordernden Berufsalltag wünschen. Trotz alledem darf ein berufliches Weiterkommen nicht an der Vereinbarkeit von Familie und Beruf scheitern. Die FDP-Fraktion wird sich daher hinsichtlich eines beruflichen Weiterkommens dafür einsetzen, dass nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung über eine Beförderung entschieden wird. Wichtig ist jedoch, die Beurteilungsregelungen der einzelnen Ressorts so anzupassen, dass eine familienbedingte Teilzeittätigkeit nicht zu einer schlechteren Beurteilung führt, denn diese ist Grundlage einer jeden Beförderungsentscheidung. Damit wäre eine zeit- und verfassungsgemäße Frauenförderung erreicht. Wir setzen uns überdies für flexible Arbeitszeiten sowie Kitas am Arbeitsort ein, damit die Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht nur theoretisch möglich ist, sondern auch gelebt werden kann.</p>	<p>Um die Attraktivität des Öffentlichen Dienstes zu erhöhen müssen die Arbeitszeiten noch flexibler werden. Wir wollen zudem die Wochenarbeitszeiten reduzieren. Die Regelungen zur Betreuung von Kindern und kranken oder pflegebedürftigen Angehörigen muss gemeinsam mit den Gewerkschaften weiterentwickelt werden.</p>
--	--	---	--	---	--

# Wahlprüfsteine des dbb Hessen – Antworten der Parteien



 <p><b>Fragen dbb Hessen</b></p>	 <p><b>Antworten CDU</b></p>	 <p><b>Antworten SPD</b></p>	 <p><b>Antworten BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</b></p>	 <p><b>Antworten FDP</b></p>	 <p><b>Antworten DIE LINKE.</b></p>
--	---	---	--	---	--

<p>Weiter Frage 11</p>	<p>schen Wandels gerecht zu werden, um auch zukünftig als Arbeitgeber attraktiv zu sein. Mit dem 2. Dienstrechtsmodernisierungsgesetz haben wir zuletzt auch für Richter und Beamte einen Rechtsanspruch auf Freistellung geschaffen, um pflegebedürftigen Familienangehörigen beizustehen. Diese Regelung und die Möglichkeit eines Vorschusses auf Bezüge zur Sicherung des Lebensunterhaltes in dieser schwierigen Phase sind spürbare Erleichterungen und ein weiterer wesentlicher Schritt zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Pflege.</p>				
------------------------	--	--	--	--	--

# Wahlprüfsteine des dbb Hessen – Antworten der Parteien

 <p>Fragen dbb Hessen</p>	 <p>Antworten CDU</p>	 <p>Antworten SPD</p>	 <p>Antworten BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</p>	 <p>Antworten FDP</p>	 <p>Antworten DIE LINKE.</p>
---	--	--	---	--	---

<p>12. Werden Sie in der nächsten Legislaturperiode das Hessische Personalvertretungsgesetz modernisieren und den Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes ein Mitgestaltungsrecht auf Augenhöhe ermöglichen?</p>	<p>Das Hessische Personalvertretungsgesetz (HPVG) hat sich in seiner Anwendung insgesamt bewährt; Umfang und Inhalt der Beteiligungsrechte sind in der behördlichen und personalrätlichen Praxis etabliert. Sie bilden bereits umfänglich etwaige Maßnahmen im Zusammenhang mit der Einführung und Anwendung moderner Techniken und Arbeitsabläufe ab. Das dem Personalvertretungsrecht zu Grunde liegende Partnerschafts- und Repräsentationsprinzip garantiert bereits, dass sich der die Beschäftigten in der Dienststelle vertretende Personalrat und die Dienststellenleitung gleichberechtigt gegenüberstehen und dass diese in vertrauensvoller Zusammenarbeit zur Erfüllung der dienstlichen Aufgaben und zum Wohle der Beschäftigten gemeinsam zusammenarbeiten. Im Rahmen der Informations- und Initiativrechte erhält der Personalrat den gleichen Kenntnisstand zu Maßnahmen wie die Dienststellenseite und kann bestimmte Maßnahmen selbst anstoßen. Über die letztgenannten Rechtsänderungen hinaus, die auch im Sinne einer effektiveren Personalvertretung erfolgten, werden deshalb derzeit keine weiteren inhaltlichen Änderungen des HPVG erwogen.</p>	<p>Ja! Eine zeitgemäße Führungskultur und eine demokratische Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über ihre Personalvertretungen sind für die hessische SPD unverzichtbar. Auch im Öffentlichen Dienst muss dieser Grundsatz beherzigt werden. In den letzten Jahren wurden in Hessen Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte im Öffentlichen Dienst immer weiter abgebaut. Aus diesem Grund setzt sich die SPD dafür ein, im Dialog mit den Gewerkschaften das Hessische Personalvertretungsgesetz (HPVG) zu reformieren und zu demokratisieren. Dazu gehört insbesondere die Erweiterung der Freistellungen.</p>	<p>Ja. – In dieser Frage befinden wir uns im Dialog mit den Interessenvertretungen und Gewerkschaften. Für konstruktive Vorschläge zur Verbesserung im Personalvertretungsgesetz sind wir grundsätzlich offen. Das Gesetz enthält aber jetzt schon einen umfassenden und ausgewogenen Katalog an Mitwirkungs-, Mitbestimmungs-, Anhörungs- und Informationsrechten. Diese Rechte ermöglichen bereits jetzt eine qualifizierte Mitgestaltung.</p>	<p>JA Für die FDP ist die Gewährleistung der Rechte von Fachgewerkschaften und kleineren Gewerkschaften elementar für eine demokratische legitimierte Zusammensetzung der Personalvertretung. Aus Sicht der FDP besteht momentan ein Mitgestaltungsrecht auf Augenhöhe, im Grundsatz hat sich das Personalvertretungsrecht bewährt. Eine Weiterentwicklung des Personalvertretungsrechts ist zukünftig im Dialog mit Fachverbänden sowie Interessenvertretern zu erreichen.</p>	<p>Eindeutig Ja! Zu einem guten Miteinander im Öffentlichen Dienst gehört auch ein modernes Personalvertretungsrecht auf Augenhöhe! Es ist uns seit Jahren ein besonderes Anliegen, dass das HPVG so novelliert wird, dass die Mitbestimmungsrechte erheblich erweitert werden, die Einigungsstellen das Letztentscheidungsrecht zurückerhalten und eine Zusammenarbeit zwischen Personalräten und auch Betriebsräten in ausgliederten Betrieben des Öffentlichen Dienstes in den Stufenvertretungen auch formal möglich wird. Diese und viele weitere Vorstellungen wollen wir gemeinsam mit den Gewerkschaften im Detail weiterentwickeln!</p>
--	---	--	--	---	--

# Wahlprüfsteine des dbb Hessen – Antworten der Parteien

 <p>Fragen dbb Hessen</p>	 <p>Antworten CDU</p>	 <p>Antworten SPD</p>	 <p>Antworten BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</p>	 <p>Antworten FDP</p>	 <p>Antworten DIE LINKE.</p>
---	--	--	---	--	---

<p>13. Werden Sie den dbb Hessen bei der Digitalisierung der Hessischen Landesverwaltung in der nächsten Legislaturperiode umfassend beteiligen?</p>	<p>Die guten bestehenden Kontakte zu den Gewerkschaften wollen und werden wir auch weiterhin nutzen, um einen fortgesetzten Austausch über aktuelle Themen sicherzustellen. Dabei werden wir selbstverständlich auch die entsprechende Beteiligung bei gesetzlichen und sonstigen allgemeinen Regelungen der beamtenrechtlichen Verhältnisse sichern – wie bspw. zuletzt im Rahmen der Anhörungen zum hessischen eGovernment-Gesetz (HEGOVG) geschehen. Bei der Digitalisierung der hessischen Landesverwaltung wird die Beteiligung der Personalvertretungen insoweit federführend durch den HPR – Innen sichergestellt. Die Beteiligung des dbb Hessen ist in diesem Rahmen natürlich gegeben.</p>	<p>Ja! Die Digitalisierung der Landesverwaltung wird eine der großen Aufgaben in der nächsten Legislaturperiode. Nur im Dialog mit den Gewerkschaften und Berufsverbänden kann es gelingen, die Landesverwaltung digital nach vorne zu bringen und sie zukunftsfest aufzustellen. Wichtig ist dabei auch, die Aus- und Weiterbildung entsprechend anzupassen.</p>	<p>Ja. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich dafür einsetzen, dass die Expertise des dbb Hessen in dieses wichtige, zukunftsorientierte Projekt einfließt.</p>	<p>JA Die FDP in Hessen setzt sich stark für die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung ein. Anregungen des dbb sind diesbezüglich besonders willkommen, da gerade die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die vor Ort die praktische Arbeit ausführen, einen großen Erfahrungsschatz haben. Wir wollen, dass die Beschäftigten diese praktische Erfahrung in die Digitalisierungsstrategie der Landesverwaltung einfließen lassen. Wir bauen daher auf eine regen Austausch mit dem dbb bzgl. des Themas der Digitalisierung der Hessischen Landesverwaltung.</p>	<p>Ja, gewerkschaftliche Beteiligungen in allen wesentlichen Fragen zu Arbeitsorganisation, technischer Ausstattung usw. ist uns ein besonders Anliegen! Wir wünschen uns, dass sowohl die Gewerkschaften, als auch die Personalräte bereits im Stadium der Vorüberlegungen zu Organisationsänderungen umfassend mit einbezogen werden. Nur so kann das Expertenwissen der unmittelbar Beschäftigten einfließen.</p>
--	--	---	--	---	--

# Wahlprüfsteine des dbb Hessen – Antworten der Parteien

 <p>Fragen dbb Hessen</p>	 <p>Antworten CDU</p>	 <p>Antworten SPD</p>	 <p>Antworten BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</p>	 <p>Antworten FDP</p>	 <p>Antworten DIE LINKE.</p>
---	--	--	---	--	---

<p>14. Werden Sie der weiteren Erosion des Rechtsstaates durch nachhaltige Personalaufstockung in allen Bereichen der Hessischen Landesverwaltung entgegensteuern?</p>	<p>Die Sicherung des funktionierenden Rechtsstaates ist maßgeblicher Teil einer verantwortungsvollen Rechts- und Innenpolitik und die CDU ist und bleibt die Partei der Inneren Sicherheit. Das zeigt sich auch in unserer Personalpolitik, die wir in Abwägung mit einer generationengerechten Haushaltspolitik in den vergangenen Jahren massiv ausgebaut haben. Wir haben – insbesondere im Sicherheitsbereich – in den vergangenen Jahren eine nachhaltige Personalaufstockung durchgesetzt. So konnten im Jahr 2017 1.150 zusätzliche Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter neu eingestellt werden. Für die Jahre 2018 und 2019 geht diese konsequente Fortführung der Sicherheitspolitik mit der Schaffung von jeweils 240 zusätzlichen Polizeianwärterstellen nahtlos weiter. Das bedeutet für diese Legislaturperiode einen Anstieg von 11 %. Auch die Verwaltungsbereiche der Polizeibehörden können eine Mehrung von 120 neuen Stellen bis Ende 2019 verzeichnen. Das Landesamt für Verfassungsschutz, dem gerade in Zeiten des globalen Terrorismus eine herausragende Bedeutung als Teil der hessischen Sicherheitsarchitektur zukommt, wächst bis 2019 auf eine nie dagewesene Größe von über 370 Planstellen an. Daneben wurde auch das Verwaltungspersonal in den verschiedensten Bereichen erheblich aufgestockt. Auch im Bereich der hessischen Justiz wurde investiert. Seit 2014 haben wir</p>	<p>Ja! Aufgrund seiner breit gefächerten Aufgaben und seiner Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern muss der Staat sachlich und personell in der Lage sein, die an ihn gestellten Ansprüche zu erfüllen. Dies gilt in der allgemeinen Verwaltung ebenso wie bei der Gewährleistung der inneren Sicherheit. In den letzten 19 Jahren haben die CDU-geführten Landesregierungen einen erheblichen Personalabbau im Öffentlichen Dienst zu verantworten. Ohne Maß und ohne Berücksichtigung der absehbaren Ruhestandseintritte der geburtenstarken Jahrgänge wurde die Verwaltung immer weiter ausgedünnt. Dies führt nun zu erheblichen Problemen und einer besonderen Arbeitsbelastung der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst. Wir setzen uns deshalb für eine Personalaufstockung in allen Bereichen der Hessischen Landesverwaltung ein.</p>	<p>Ja. – Wir wollen insgesamt eine gute und effektiv arbeitende Landesverwaltung, denn gute Verwaltungspraxis, rechtsstaatliche Verfahren und eine schnelle Bearbeitung von Genehmigungsverfahren sind z. B. auch wichtige Standortfaktoren. In den vergangenen Jahren wurden in unterschiedlichen Bereichen neue Stellen geschaffen um die Erledigung dieser Aufgaben gerecht zu werden. Auch im Bereich der Sicherheitsbehörden und der Justiz wurden Verstärkungen vorgenommen. Wir setzen auch in Zukunft auf eine personell und organisatorisch gut aufgestellte Polizei und eine ebenso gut aufgestellte Justiz. Bis 2020 werden 1.520 zusätzliche Polizeivollzugsbeamtinnen und –beamte in Hessen im Einsatz sein. Durch diesen Stellenzuwachs haben wir eine langfristige Sicherheitsstrategie angelegt. Die quantitativen Investitionen im Polizeibereich wollen wir durch qualitative Maßnahmen abrunden. Dieses Ziel erreichen wir, indem wir in den nächsten beiden Jahren über 600 Stellenhebungen vornehmen. Damit wollen wir nicht nur den stetig wachsenden Anforderungen im Polizeiberuf Rechnung tragen, sondern auch unseren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten weitere Karrierechancen eröffnen. Auch in den vergangenen Jahren hat es bereits Stellenhebungen gegeben. <i>In der hessischen Justiz haben wir den eigentlich bis zum Jahr 2020</i></p>	<p>Ja/Nein Wir werden genau hinschauen, in welchen Bereichen der Landesverwaltung eine Personalaufstockung notwendig ist. Wir Freie Demokraten sind der Ansicht, dass es Bereiche gibt, die oberste Priorität haben. So sind gerade die Bereiche Bildung, Polizei und Justiz von elementarer Wichtigkeit. Darüber hinaus ist uns bewusst, dass in anderen Teilen der öffentlichen Verwaltung Altersabgänge bevorstehen. Hier bedarf es unter Umständen einer personellen Erhöhung, um den Erhalt des Sachwissens für die einzelnen Bereiche zu sichern. Dabei ist immer bedarfsorientiert zu handeln und nach dem Einzelfall zu entscheiden.</p>	<p>Ja, schon seit Jahren fordern wir in jeder Haushaltsberatung eine Aufstockung der Stellen in der Landesverwaltung, mit nur einer Ausnahme. Beim Verfassungsschutz sehen wir die Notwendigkeit, aufgrund der gemachten Erfahrungen im NSU-Untersuchungsausschuss, allerdings nicht.</p>
--	--	--	--	--	---

# Wahlprüfsteine des dbb Hessen – Antworten der Parteien



 <p><b>Fragen dbb Hessen</b></p>	 <p><b>Antworten CDU</b></p>	 <p><b>Antworten SPD</b></p>	 <p><b>Antworten BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</b></p>	 <p><b>Antworten FDP</b></p>	 <p><b>Antworten DIE LINKE.</b></p>
--	---	---	--	---	--

<p>Weiter Frage 14</p>	<p>456 neue Stellen für gut ausgebildete Fachkräfte für die Justiz geschaffen, und das größte Justizaufbauprogramm der letzten Jahrzehnte aufgelegt. Die personelle Verstärkung ist an allen Stellen der Justiz spürbar. Für die Zukunft wollen wir in diesem Sinne weiter arbeiten.</p>		<p><i>vorgesehenen Stellenabbau gestoppt und insgesamt in dieser Legislaturperiode über 550 Stellen in der Hessischen Justiz geschaffen. Schwerpunkte wurden dabei auf den Bereich Bekämpfung der Internetkriminalität und der Verwaltungsgerichtbarkeit gelegt. Auch den Justizvollzug haben wir mit einem deutlichen Stellenzuwachs gestärkt. Daran wollen wir festhalten.</i></p>		
------------------------	--	--	--	--	--